

Oberbayerisches Amtsblatt

Amtliche Bekanntmachungen der Regierung von Oberbayern, des Bezirks Oberbayern, der Regionalen Planungsverbände und der Zweckverbände in Oberbayern

Nr. 3/19. Februar 1993

Dieser Ausgabe liegt das Jahresinhaltsverzeichnis 1992 bei

Inhaltsübersicht

Kommunalverwaltung

Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt München – Stadtwerke – und der Gemeinde Ottobrunn

Satzung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München

Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis des Zweckverbandes Müllverwertungsanlage Ingolstadt – Kostensatzung –

Angelegenheiten des Bezirks Oberbayern

Haushaltssatzung des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 1993

Gesundheitswesen

Änderung der Zulassung eines Sachverständigen zur Untersuchung von Gegenproben nach dem Lebensmittelrecht

Bauwesen

Verstöße gegen die VOB

Landesentwicklung und Umweltfragen

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Südufer des Simsees“ im Landkreis Rosenheim

Kommunalverwaltung

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt München – Stadtwerke – GWB vertreten durch die Werkdirektion der Gas- und Wasserversorgung, Badebetriebe – Stadt – und der Gemeinde Ottobrunn vertreten durch die Erste Bürgermeisterin – Gemeinde –

Ziel dieser Vereinbarung ist die Regelung der bereits bestehenden ständigen Versorgung sowie einer gegenseitigen Notversorgung mit Trinkwasser.

A

Bestehende Versorgung

1. Versorgungsgebiet

Die Wasserversorgung des östlich der Bahnlinie München Ost-Kreuzstraße liegenden Gebietes der Gemeinde Ottobrunn erfolgt seit 7. Januar 1963 durch die Stadt. Dieses Gebiet wird nachfolgend als „Ottobrunn Ost“ bezeichnet.

2. Versorgungsbestimmungen

Die Stadt liefert Wasser unmittelbar an die einzelnen Abnehmer in „Ottobrunn Ost“ zu ihren geltenden Bestimmungen bzw. Bedingungen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist die Stadt befugt, den Bau und die Benutzung der öffentlichen Wasserversorgungseinrichtungen durch für das gesamte Gebiet der Beteiligten geltende Anschluß-Versorgungs- und Benutzungsbedingungen zu regeln.

Wird durch Erhöhung des Wasserbedarfes z. B. infolge Einwohnerzuwaches und Gewerbeansiedlung der Bau von neuen Zuführungsleitungen erforderlich, so hat die Gemeinde die dafür entstehenden Kosten zu tragen.

Zur Verrechnung kommen die im Stadtgebiet der Landeshauptstadt München jeweils gültigen Preise.

Für Feuerlöschzwecke im Brandfall benötigtes Wasser liefert die Stadt zu den allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wasser. Die Gemeinde meldet der Stadt jede Benützung eines städt. Hydranten nach einem Brandfall schriftlich mit Angabe der jeweils entnommenen (geschätzten) Wassermenge.

Zu Feuerwehrrübungen darf Wasser aus einem städt. Hydranten nur über Standrohrwasserzähler entnommen werden. Die Abgabe erfolgt zu den allgemeinen Bedingungen der Stadt für Trinkwasserlieferung.

3. Mitbenutzung öffentlicher (gemeindeeigener) Verkehrsflächen

Die Gemeinde gestattet – ohne Ausschließlichkeit – die unentgeltliche Benutzung ihrer Straßen, Wege und Plätze für die Einlegung und den Betrieb von Wasser-Versorgungsleitungen, -Hauptleitungen und -Anlagen, einschließlich Zubehör, auch wenn diese Einrichtungen nicht der Versorgung der Gemeinde oder Teilgebieten der Gemeinde dienen.

Die betreffenden Leitungen nebst Zubehör werden in gemeindeeigene Straßen, Wege und Plätze oder in eigens dafür ausgewiesene, dringlich gesicherte (beschränkt persönliche Dienstbarkeit) Spartenstreifen nach Maßgabe rechtsgültiger Bebauungspläne und Höhenfestsetzungen bzw. Straßenbaupläne eingelegt. Die Trassierung erfolgt entsprechend der Spartenzoneneinteilung nach der Münchner Regelung in Anlehnung an die DIN 1998.

Die Gemeinde wird die Festsetzung der Straßen, einschließlich der Straßenabsteckung, der Höhenfestsetzung, des Grunderwerbes und der Spartenzoneneinteilung jeweils rechtzeitig durchführen und dies der Stadt in einer Spartenverständigung schriftlich mitteilen.

Die Leitungen etc. stehen im Eigentum der Stadt. Die Gemeinde wird keine Eigentumsrechte daran geltend machen.

Verstoß:	Anzahl:	Verstoß:	Anzahl:
Vorschreiben bestimmter Fabrikate ohne Vorliegen einer gerechtfertigten Ausnahme (§ 9 Nr. 5 Abs. 1 VOB/A).	3	Erklären von eigenständigen Leistungen nach den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (ATV) zu Nebenleistungen (Abschnitt 4.2 der ATV/VOB/C mit § 10 Nr. 3 VOB/A).	22
Ausschreibung ohne gesicherte Vergabe (§ 16 Nr. 1 VOB/A).	3	Verwenden unüblicher Mengeneinheiten (Abschnitt 0.5 der ATV/VOB/C mit § 10 Nr. 3 VOB/A).	5
Fehlende Angaben über den Leistungsumfang bei der Bekanntmachung einer öffentlichen Ausschreibung oder einer beschränkten Ausschreibung mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb (§ 17 Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 2 Abs. 2 VOB/A).	132	Abbedingen der Abrechnungsregeln (Abschnitt 5 der ATV/VOB/C mit § 10 Nr. 3 VOB/A).	4
Keine Geheimhaltung der Bewerber (§ 17 Nr. 6 VOB/A).	1	Wir bitten alle ausschreibenden Stellen, besonders sorgfältig darauf zu achten, daß die häufig festgestellten Verstöße – besonders bei den Angaben über den Leistungsumfang und über die Nachprüfungsstelle – vermieden werden.	
Fehlende unverzügliche Mitteilung wichtiger Aufklärungen über die Grundlagen der Preisermittlung an alle Bewerber (§ 17 Nr. 7 Abs. 2 VOB/A).	3	München, 12. Januar 1993	
Keine ausreichende Angebotsfrist (§ 18 Nr. 1 VOB/A).	11	Regierung von Oberbayern	
Überschreiten der Bindefrist ohne Vorliegen besonderer Verhältnisse (§ 19 Nr. 2 VOB/A).	24	Raimund Eberle	
Keine Kennzeichnung der Angebote beim Eröffnungstermin (§ 22 Nr. 3 Abs. 2 VOB/A).	3	Regierungspräsident	OBABl 1993 S. 31.
Keine Bekanntgabe von abgegebenen Nebenangeboten beim Eröffnungstermin (§ 22 Nr. 3 Abs. 2 VOB/A).	4		
Keine Geheimhaltung der Inhalte der Angebote (§ 22 Nr. 7 VOB/A).	3		
Berücksichtigen eines Bieters trotz fachlich nicht haltbarer Gründe (§ 25 Nr. 3 Abs. 3 VOB/A).	4		
Aufheben einer Ausschreibung ohne entsprechende Voraussetzungen (§ 26 Nr. 1 VOB/A).	1		
Keine Unterrichtung der Bieter über die aufgehobene Ausschreibung (§ 26 Nr. 2 VOB/A).	2		
Verweigern der Auskunft über die Gründe der Nichtberücksichtigung des Angebotes (§ 27 Nr. 2 VOB/A).	3		
Fehlende Angabe der Nachprüfungsstelle in der Bekanntmachung (§ 31 VOB/A).	523		
Vertragsbedingungen nach VOB/B und VOB/C:			
Abbedingen eines neuen Preises bei einer über 10% hinausgehenden Mengenabweichung (§ 2 Nr. 3 VOB/B).	4	Landesentwicklung und Umweltfragen	
Vorbehalt für die Herausnahme von Einzelleistungen und/oder ganzer Titel ohne einen evtl. Vergütungsanspruch (§ 2 Nr. 3 ff VOB/B und § 8 Nr. 1 Abs. 2 VOB/B).	4	REGIERUNG VON OBERBAYERN	
Überspitzte Prüf- und Hinweispflicht für den Auftragnehmer (§ 3 Nr. 3 VOB/B und § 4 Nr. 3 VOB/B).	3	Verordnung über das Naturschutzgebiet „Südufer des Simssees“ im Landkreis Rosenheim.	
Abwälzen von Leistungen des Auftraggebers auf den Auftragnehmer (§ 4 Nr. 1 VOB/B).	12	Vom 3. Februar 1993 Nr. 820-8622-29/76	
Kein Ersatz des nachweislichen Schadens bei Behinderung oder Unterbrechung der Ausführung (§ 6 Nr. 6 VOB/B).	6	Auf Grund von Art. 7, Art. 45 Abs. 1 Nr. 2 a und Art. 37 Abs. 2 Nr. 2 des Bayerischen Naturschutzgesetzes – BayNarSchG – (BayRS 791-1-U), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juli 1986 (GVBl S. 135), erläßt die Regierung von Oberbayern folgende Verordnung:	
Hinausschieben der Abnahme einer Bauleistung bis zur Fertigstellung der Gesamtbaumaßnahme (§ 12 Nr. 1 VOB/B).	4	§ 1	
Verlängerung der Gewährleistungsfrist der VOB/B ohne entsprechende Voraussetzungen (§ 13 Nr. 4 VOB/B mit § 13 Nr. 2 VOB/A).	1	Schutzgegenstand	
Schlechtere Zahlungsbedingungen (§ 16 Nr. 2 bzw. 3 VOB/B).	5	Das ca. 1,5 km nördlich der Ortsmitte des Gemeindeteils Riedering der Gemeinde Riedering und ca. 1 km westlich des Gemeindeteils Ecking der Gemeinde Riedering am Süde des Simssees gelegene Verlandungsmoor wird unter der Bezeichnung „Südufer des Simssees“ in den in § 2 näher bezeichneten Grenzen als Naturschutzgebiet geschützt.	
Unzulässiges Vorschreiben bestimmter Kreditversicherer (§ 17 Nr. 2 VOB/B).	4	§ 2	
Unbegründete erhöhte Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B mit § 14 Nr. 2 VOB/A).	3	Schutzgebietsgrenzen	
		(1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von rd. 257 Hektar und liegt in den Gemeinden Riedering, Gemarkungen Riedering und Neukirchen, und Stephanskirchen, Gemarkung Stephanskirchen.	
		(2) Die Grenzen des Schutzgebietes ergeben sich aus den Schutzgebietskarten M 1:25 000 und M 1:5000 (Anlagen), die Bestandteil dieser Verordnung sind. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Karte M 1:5000. Es gilt die Innenkante der Abgrenzungslinie.	
		§ 3	
		Schutzzweck	
		Zweck der Festlegung des Naturschutzgebietes „Südufer des Simssees“ ist es,	

1. die Lebensgemeinschaften und Lebensstätten der Verlandungszone (Schwimmblattzone, Röhrichte), der bodenständig heimischen Moor- und Feuchtwälder, der extensiv genutzten Streuwiesen und der seggen- und binsenreichen Feucht- und Naßwiesen sowie der Übergangs- und Hochmoore mit ihren daran angepaßten und davon abhängigen seltenen und gefährdeten Pflanzen- und Tierarten zu erhalten, zu fördern und wiederherzustellen, insbesondere Ruhezonen im Verlandungsbereich als Lebensraum für seltene und gefährdete Wasser-, Sumpf- und Watvögel zu fördern, den Wasser- und Nährstoffhaushalt der Nieder-, Übergangs- und Hochmoorbereiche als Lebensraum oligotropher Arten und Lebensgemeinschaften zu erhalten und wiederherzustellen,
2. das charakteristische Landschaftsbild des eiszeitlich bedingten Zweigbeckens des ehemaligen Inngletschers zu erhalten.

§ 4

Verbote

(1) Nach Art. 7 Abs. 2 BayNatSchG sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können. Es ist deshalb vor allem verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne der Bayerischen Bauordnung zu errichten, zu ändern oder ihre Nutzung zu ändern,
2. Bodenbestandteile abzubauen, Aufschüttungen, Ablagerungen, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder die Bodengestalt in sonstiger Weise zu verändern,
3. Straßen, Wege, Pfade, Steige oder Plätze neu anzulegen oder bestehende zu verändern,
4. Leitungen zu errichten oder zu verlegen,
5. oberirdisch über den zugelassenen Gemeingebrauch hinaus oder unterirdisch Wasser zu entnehmen, die natürlichen Wasserläufe und Wasserflächen einschließlich deren Ufer, den Grundwasserstand oder den Zu- und Ablauf des Wassers zu verändern oder neue Gewässer anzulegen,
6. Gräben oder Drägen neu anzulegen oder bestehende zu verändern,
7. Entwässerungen vorzunehmen,
8. Verlandungsbereiche zu verändern,
9. Streuwiesen umzubrechen, in mehrschüriges Grünland umzuwandeln, zu düngen, zu beweiden, aufzuforsten oder vor dem 15. September zu mähen,
10. Wiesen in Ackerland umzuwandeln; ausgenommen bleibt die Umwandlung zum Zweck der Grünlanderneuerung,
11. seggen- und binsenreiche Naßwiesen umzubrechen, mehr als zweimal zu mähen, anders als mit Wirtschaftsdünger zu düngen, aufzuforsten, zu beweiden oder vor dem 15. Juni zu mähen,
12. Pflanzenschutz- einschließlich Schädlingsbekämpfungsmittel auf Streu- und Naßwiesen sowie auf Feucht- und Moorwäldern einzubringen,
13. Ufergehölze, Röhrichte oder Wasserpflanzen zu beschädigen oder zu beseitigen,
14. Bäume mit erkennbaren Horsten oder Höhlen zu fällen,
15. Erstaufforstungen oder sonstige Gehölzpflanzungen vorzunehmen sowie Schmuckreisig- und Baumschulkulturen anzulegen,
16. eine andere als einzelstammweise bis femelartige Nutzung vorzunehmen,
17. die Gehölzsukzessionsflächen sowie die Flächen mit naturnaher Hoch- und Übergangsmoorvegetation forstwirtschaftlich zu nutzen,
18. die Wälder zu düngen und zu kalken,

19. die Lebensbereiche (Biotop) der Tiere und Pflanzen zu stören oder nachteilig zu verändern, insbesondere sie durch chemische oder mechanische Maßnahmen zu beeinflussen,

20. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen,
21. standortfremde oder nicht standortgemäße Gehölze einzubringen,
22. Pflanzen oder Pflanzenbestandteile zu entnehmen oder zu beschädigen oder deren Wurzeln, Knollen oder Zwiebeln auszureißen, auszugraben oder mitzunehmen,
23. freilebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen oder zu töten, Brut- oder Wohnstätten oder Gelege solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen,
24. Sachen im Gelände zu lagern,
25. Feuer anzumachen oder zu betreiben,
26. eine andere als die nach § 5 zugelassene wirtschaftliche Nutzung auszuüben.

(2) Ferner ist verboten:

1. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und Wege mit Fahrzeugen aller Art (ausgenommen bleibt das Befahren mit Rollstühlen) oder mit Wohnwagen zu fahren oder diese dort abzustellen,
2. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und Wege zu reiten; unberührt bleiben straßenrechtliche Widmungsbeschränkungen und verkehrsrechtliche Anordnungen,
3. das Schutzgebiet außerhalb der öffentlichen Straßen, privaten Wege oder der mit Zustimmung des Landratsamtes Rosenheim markierten Pfade zu betreten; dies gilt nicht für den Grundeigentümer oder sonstigen Berechtigten,
4. die Gewässer mit Wasserfahrzeugen oder Schwimmkörpern aller Art zu befahren,
5. zu zelten oder zu lagern,
6. zu baden,
7. Bäume mit erkennbaren Horsten oder Höhlen zu besteigen,
8. Hunde, ausgenommen Jagdhunde beim Einsatz nach § 5 Abs. 1 Nr. 4, frei laufen zu lassen,
9. Vögel an ihren Nist- und Brutstätten durch Aufsuchen, Ton-, Lichtbildaufnahmen oder ähnliche Handlungen zu stören,
10. zu lärmern oder Tonübertragungs- oder Tonwiedergabegeräte zu benutzen.

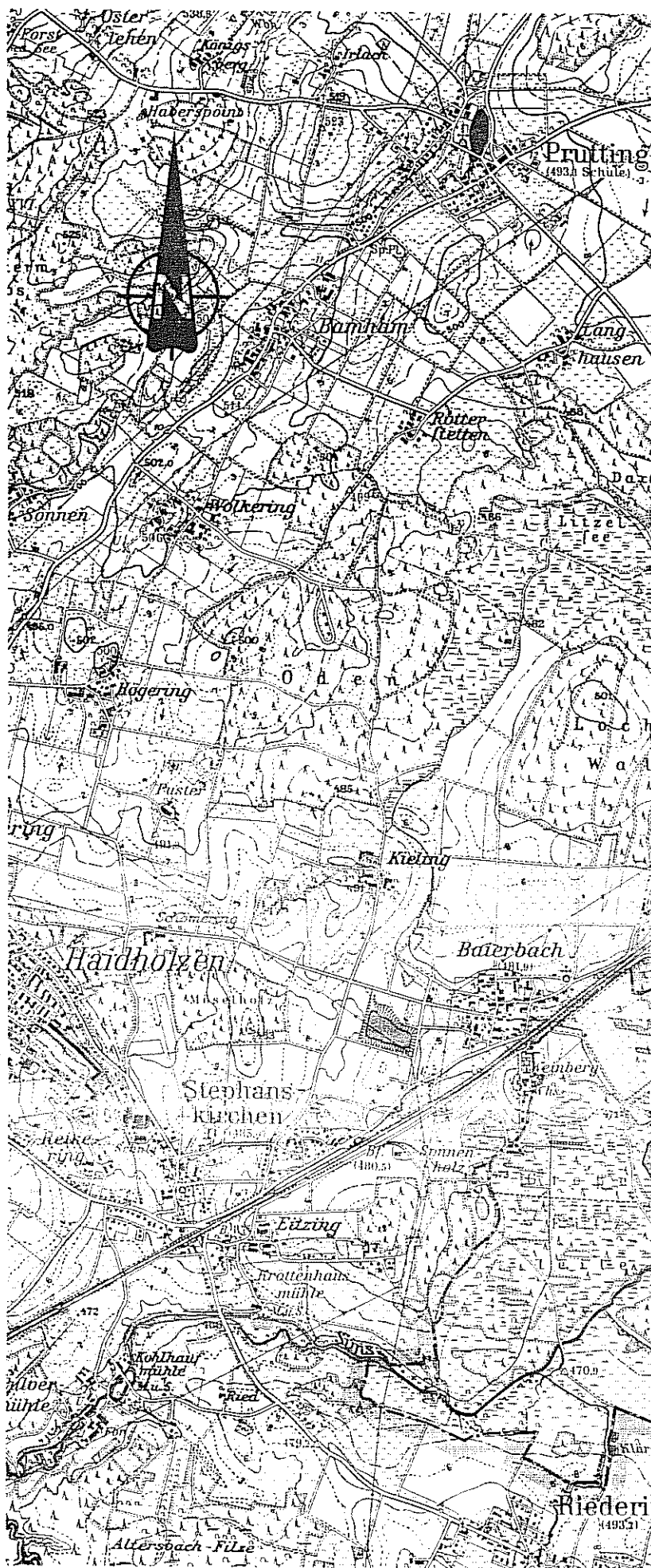
§ 5

Ausnahmen

(1) Ausgenommen von den Verboten nach Art. 7 Abs. 2 und 3 BayNatSchG und § 4 dieser Verordnung sind:

1. die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung auf bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen in der bisherigen Art und im bisher üblichen Umfang. Maßgebend ist dabei der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung; es gilt jedoch § 4 Abs. 1 Nrn. 6, 7, 9, 10, 11, 12 und 13; abweichend von § 4 Abs. 1 Nrn. 9 und 11 kann das Landratsamt Rosenheim bei besonderen Witterungsverhältnissen einen früheren Mähtermin zulassen,
2. die ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Bodennutzung auf bisher forstwirtschaftlich genutzten Flächen mit dem Ziel, die Wälder in ihrer derzeitigen Baumartenzusammensetzung zu erhalten oder einer der natürlichen Vegetation entsprechenden standortheimischen Baumartenzusammensetzung zuzuführen; zur ordnungsgemäßen forstwirtschaftlichen Bodennutzung gehören auch Kahlhiebe in Fichtenbeständen bis 0,25 ha; es gilt jedoch § 4 Abs. 1 Nrn. 14, 15, 16, 17, 18 und 21,

(Fortsetzung Seite 40)



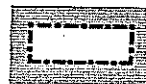
NATURSCHUTZGEBIETSKARTE

zur Verordnung über das Naturschutzgebiet
„Südufer des Simssees“
im Landkreis Rosenheim
vom 03. 02. 1993

Regierung von Oberbayern

Dr. Wilhelm Weidinger
Regierungsvizepräsident

(Verzeichnis der Naturschutzgebiete beim
Landesamt für Umweltschutz Nr. 100.116)



Naturschutzgebiet

Maßstab 1 : 25 000

Kartengrundlage: Topographische Karte 1 : 25 000
Blatt-Nr. 8139

Wiedergabe mit Genehmigung des Bayerischen
Landesvermessungsamtes München, Nr. 1748/90

NATURSCHUTZGEBIETSKARTE

zur Verordnung über das Naturschutzgebiet
„Südufer des Simssees“
 im Landkreis Rosenheim
 vom 03. 02. 1993

Regierung von Oberbayern

Dr. Wilhelm Weidinger
 Regierungspräsident

(Verzeichnis der Naturschutzgebiete beim
 Landesamt für Umweltschutz Nr. 100.116)



Naturschutzgebiet



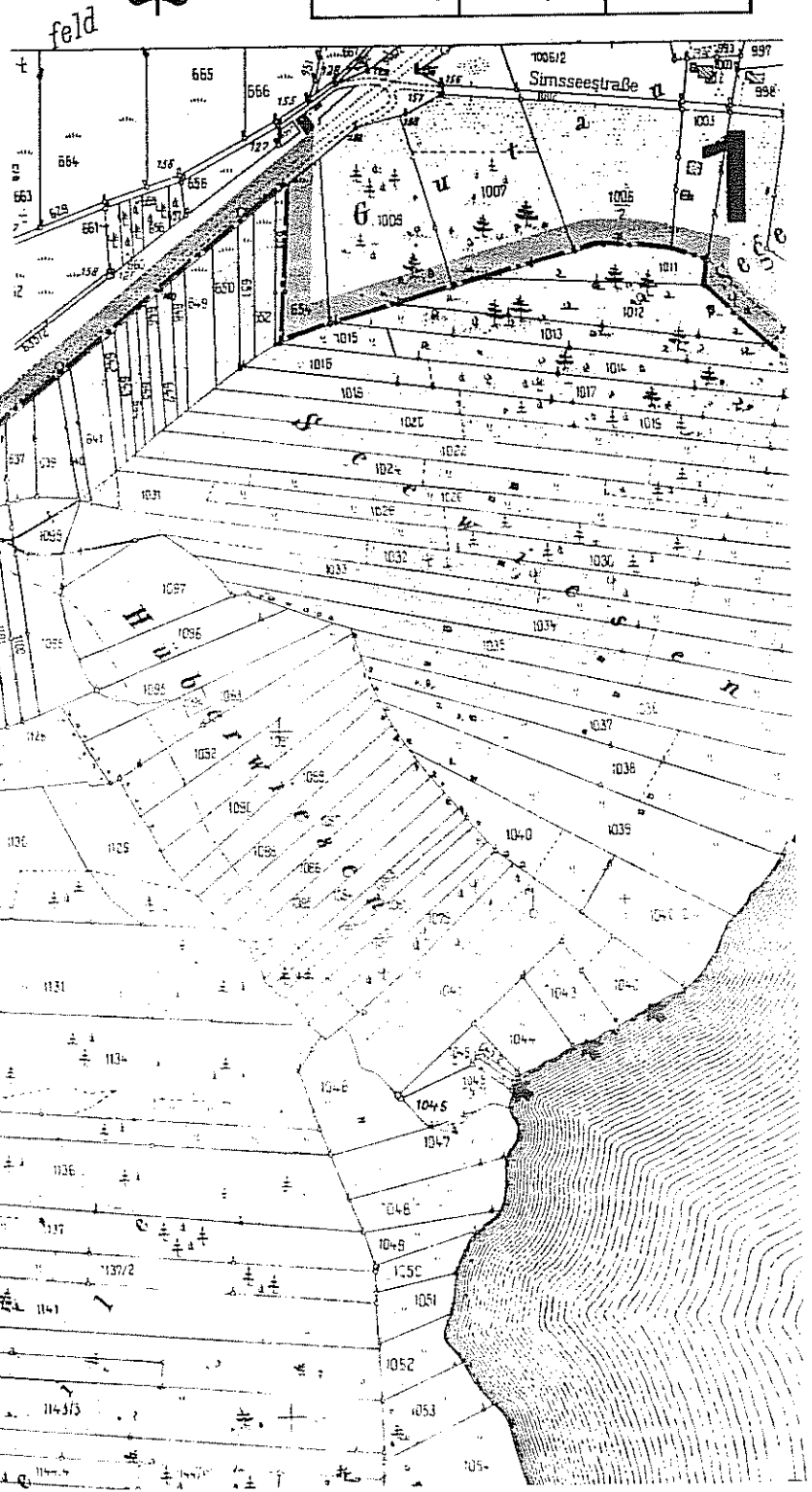
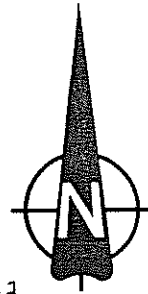
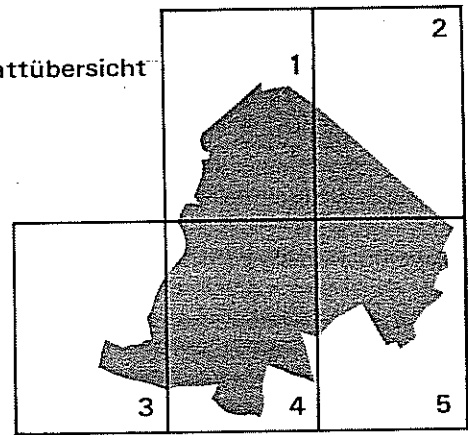
Anglerstellplätze gemäß § 5
 Abs. 1 Nr. 5 b der VO und
 dem Vertrag mit dem See-
 besitzerverband Baierbach
 am Simssee

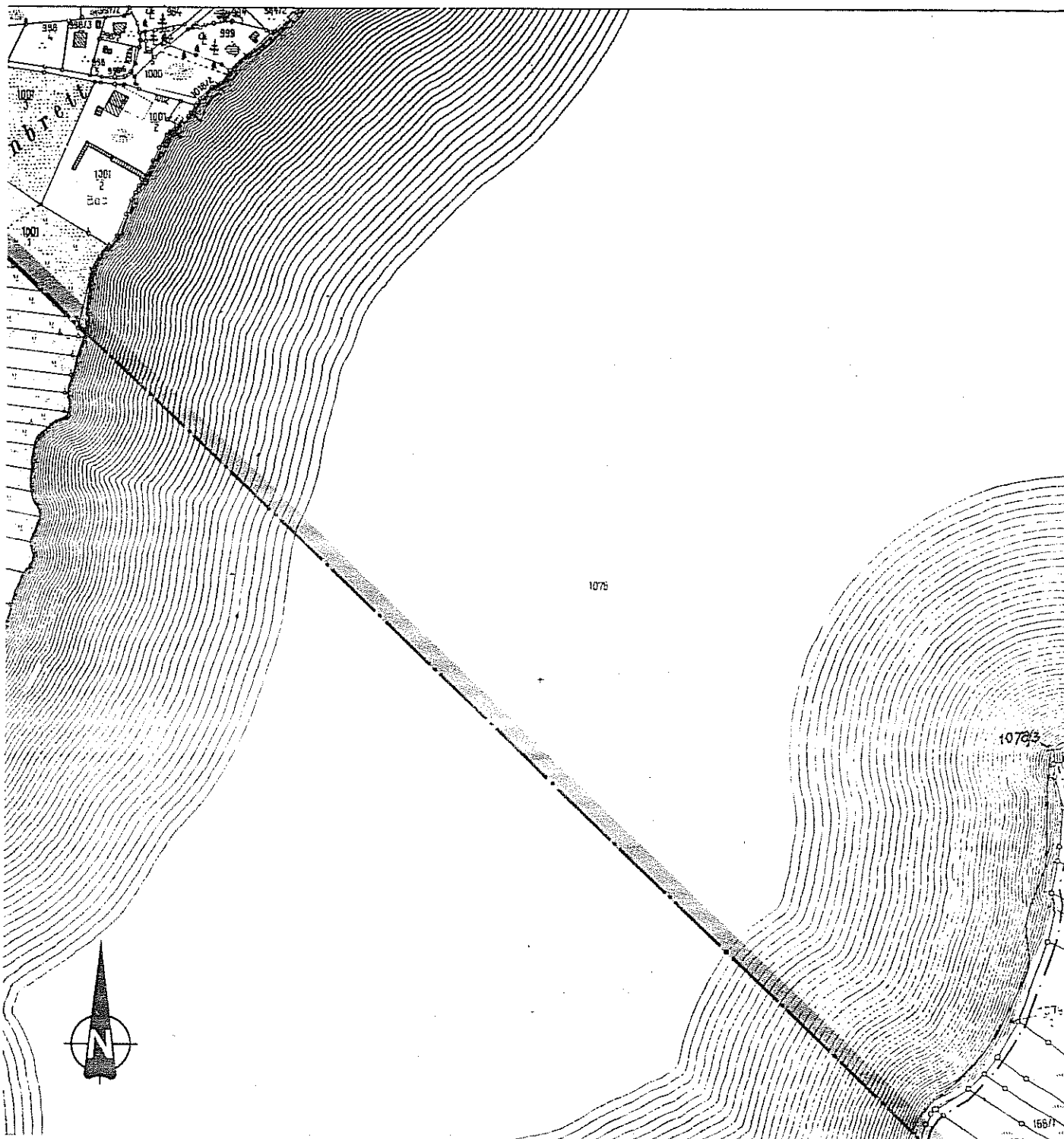
Maßstab 1 : 5 000

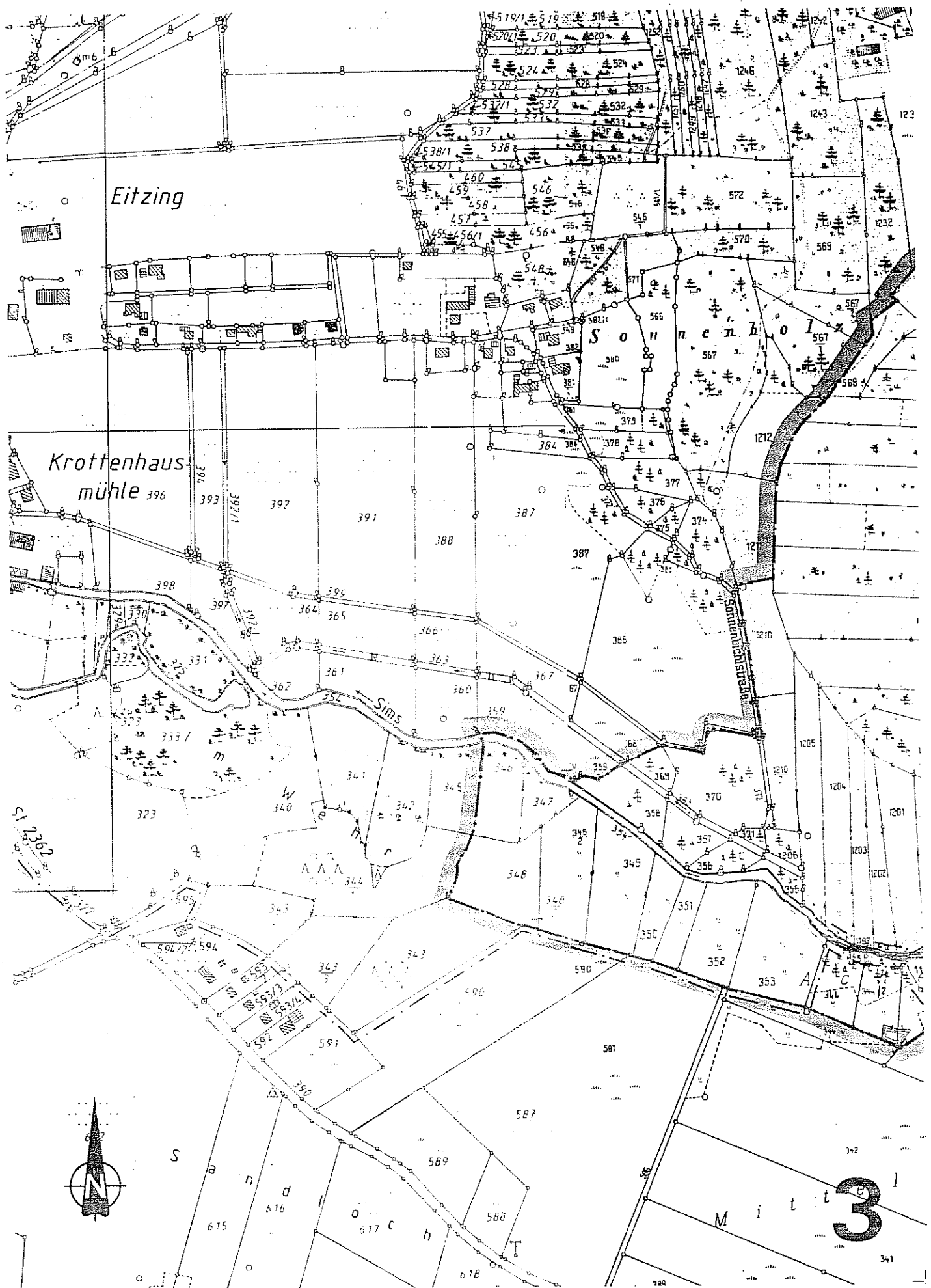
Kartengrundlage: Flurkarte 1 : 5 000
 Blatt S.O.14 - 20 SO 14 - 21

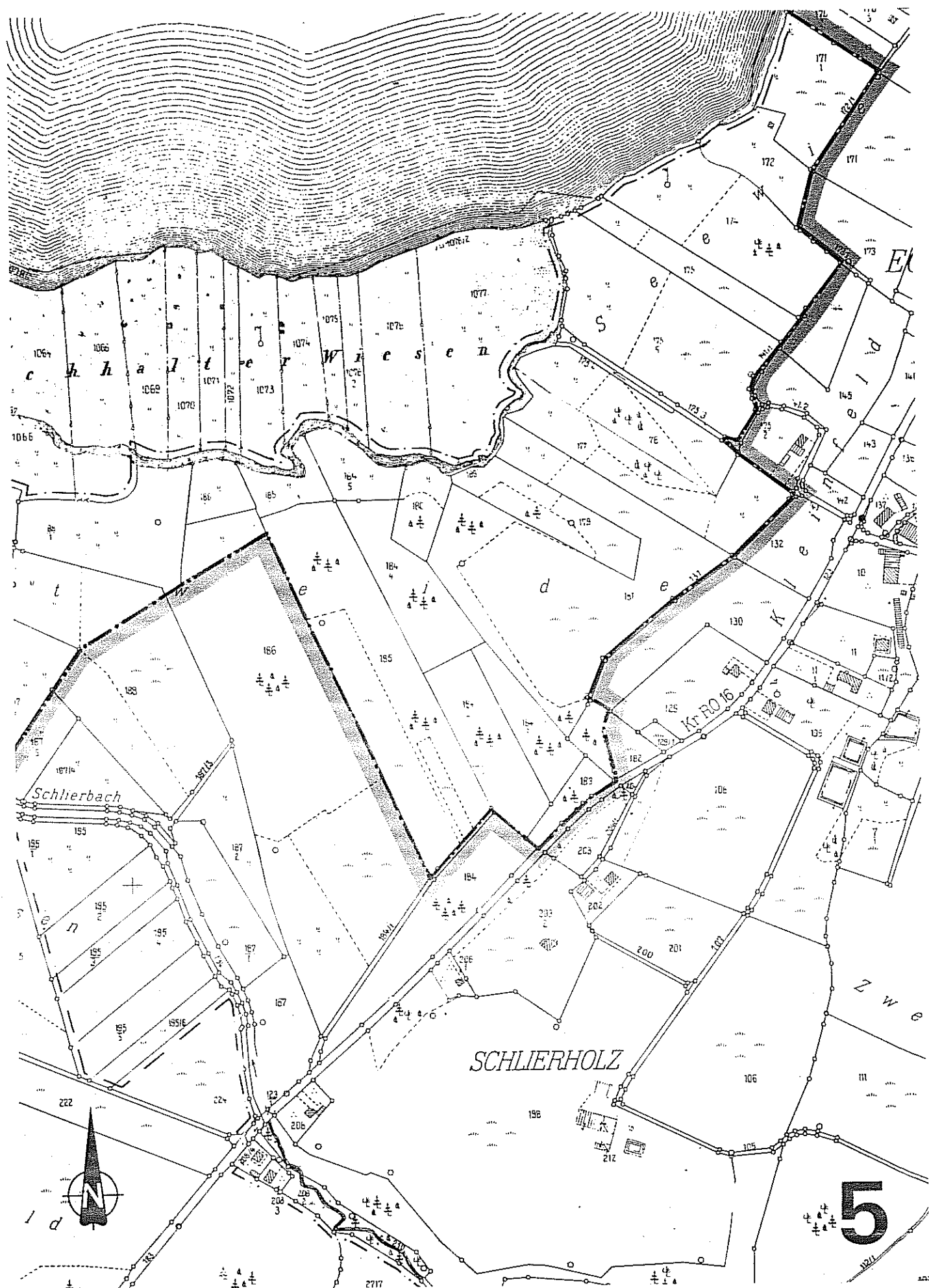
Wiedergabe mit Genehmigung des Bayerischen
 Landesvermessungsamtes München, Nr. 1748/90

Blattübersicht









(Fortsetzung von Seite 33)

3. unbeschadet anderer Rechtsvorschriften die Torfnutzung im Handbetrieb im bisher üblichen Umfang,
4. die rechtmäßige Ausübung der Jagd sowie Aufgaben des Jagdschutzes mit Ausnahme der Jagd auf Wasserwild in der Zeit vom 16. Januar bis 15. Oktober; Wildäcker sowie Wildfütterungen auf feuchten und nassen Standorten (Moore, Moorwälder, Streu- und Naßwiesen u. a.) sollen nicht angelegt werden,
5. a) die ordnungsgemäße fischereiwirtschaftliche Bodennutzung am Simssee und an der Sims sowie
 b) die ordnungsgemäße Ausübung der Angelfischerei im Simssee nach Maßgabe der Regelungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages des Freistaates Bayern mit dem Seebesitzerverband Baierbach am Simssee *),
 c) die ordnungsgemäße Ausübung der Angelfischerei an der Sims im Bereich der Alten und Neuen Achen (Sims) vom Austritt aus dem Simssee bis zur Steinernen Brücke in der Zeit vom 1. Juli bis zum letzten Tag des Februar; soweit mit dem Freistaat Bayern öffentlich-rechtliche Verträge abgeschlossen wurden oder abgeschlossen werden, sind deren Regelungen maßgebend,
 d) die ordnungsgemäße Ausübung der Angelfischerei an der Sims von der Steinernen Brücke bis zur Naturschutzgebietsgrenze nach Maßgabe der Regelungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages des Freistaates Bayern mit der Fischerei-Genossenschaft-Sims,
 e) Maßnahmen der Fischhege und der Fischereiaufsicht,
6. die rechtmäßige Benützung und Unterhaltung der Bootshütten auf den Fl.-Nrn. 1044, 1045/2 und 1047, Gemarkung Stephanskirchen,
7. Unterhaltungsmaßnahmen an den Straßen, Wegen und Gewässern im gesetzlich zulässigen Umfang sowie die Gewässeraufsicht; Maßnahmen nach Art. 78 des Fischereigesetzes für Bayern sind nur im Einvernehmen mit dem Landratsamt Rosenheim zulässig,
8. Unterhaltungsmaßnahmen an den bestehenden Gräben und Dränagen mit Zustimmung des Landratsamtes Rosenheim, wobei die Unterhaltung, mit Ausnahme der Grabenfräse, auch maschinell durchgeführt werden kann,
9. der Betrieb, die Wartung, Unterhaltung und Instandsetzung der bestehenden Wasserversorgungs-, Abwasserbeseitigungs-, Energieversorgungs- und Fernmeldeanlagen,

*) Hinweis:

Die Verträge sind bei den Gemeinden Stephanskirchen und Riedering, dem Landratsamt Rosenheim und der Regierung von Oberbayern verwahrt und können dort von jedermann eingesehen werden.

Zu c) wurden bisher öffentlich-rechtliche Verträge mit der Fa. März KG, Rosenheim, und Herrn und Frau Jakob und Maria Sandbichler, Stephanskirchen, abgeschlossen.

10. das Aufstellen oder Anbringen von Zeichen oder Schildern, die auf den Schutz oder die Bedeutung des Gebietes hinweisen, oder von Wegemarkierungen, Warntafeln, Ortshinweisen, Sperrzeichen oder sonstigen Absperrungen, wenn die Maßnahme auf Veranlassung oder mit Genehmigung des Landratsamtes Rosenheim erfolgt,

11. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Schutzgebietes notwendigen und von den Naturschutzbehörden angeordneten oder zugelassenen Überwachungs-, Schutz- und Pflegemaßnahmen.

(2) Die Durchführung von umfangreichen Maßnahmen nach Absatz 1 Nrn. 7, 1. Halbsatz, und 9 bedarf der vorherigen Genehmigung der Regierung von Oberbayern, soweit die Maßnahmen nicht unaufschiebbar sind.

§ 6

Befreiungen

Von den Verboten des Bayerischen Naturschutzgesetzes und dieser Verordnung kann die Regierung von Oberbayern unter den Voraussetzungen des Art. 49 BayNatSchG im Einzelfall Befreiung erteilen.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 3, Art. 7 Abs. 3 Satz 4 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einem Verbot des § 4 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 26 oder des § 4 Abs. 2 Nrn. 1 bis 10 zuwiderhandelt.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. März 1993 in Kraft.

München, 3. Februar 1993

Regierung von Oberbayern

Dr. Wilhelm Weidinger

Regierungsvizepräsident

OBABl 1993 S. 32